



Lebensmittel

Deutsche hamstern Öl und Mehl

Infolge des Kriegs sind die Kosten für Nahrungsmittelfirmen sprunghaft gestiegen. Nun ringen die Hersteller mit dem Handel um Preise – und um ihre Existenz.

Florian Kolf, Katrin Terpitz Düsseldorf

Wo sonst die Flaschen mit Sonnenblumenöl stehen, herrscht in den Regalen von Edeka in Duisburg-Huckingen gähnende Leere. Andere Händler wie Aldi Süd haben bereits die Abgabe begrenzt: Jeder Kunde darf dort nur vier Flaschen der Hausmarke kaufen. Die Verbraucher hamstern. Deutschland deckt 94 Prozent seines Bedarfs an Sonnenblumenöl über Importe. Aus der Ukraine stammen 51 Prozent der weltweiten Exporte des Öls, aus Russland weitere 27 Prozent. Mit Nachschub aus der Ukraine, der sonst alle paar Wochen per Schiff nach Rotterdam kommt, ist vorerst nicht zu rechnen.

Es zeigt sich, dass der Krieg in der Ukraine samt der Sanktionen gegen Russland innerhalb weniger Wochen die weltweiten Lieferketten aus dem Takt gebracht, zum Teil sogar unterbrochen hat. Die Kosten, vor allem für Energie, sind sprunghaft gestiegen. Das spüren Verbraucher, das merken aber auch die Hersteller und Händler und zwingt sie, tätig zu werden. Auch wenn aktuell keine generellen Versorgungsengpässe zu erwarten sind.

„Die gesamte Konsumgüterlieferkette – von der Produktion über die Verpackung bis zum Transport – ist von Rohstoffverknappung und damit verbundenen Preiserhöhungen betroffen“, sagt David Georgi, Teamleiter Consulting beim Marktforscher Nielsen IQ DACH. „Preiserhöhungen sind nicht erst seit den vergangenen drei Wochen ein Thema“, betont Georgi.

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke zogen im Februar um 5,1 Prozent zum Vorjahr an, ermittelte Destatis. Derzeit ist die Preiserhöhung bei Produkten mit Sonnenblumenöl oder Weizen besonders deutlich. Am Mittwoch kostete etwa Thomy Reines Sonnenblumenöl im Handel im Schnitt 2,79 statt 2,29 Euro ein Jahr zuvor, ein Plus von 21,8 Prozent. Das ermittelte der Preisvergleich Smhaggle für das Handelsblatt. Aldi-Sonnenblumenöl Bellasan kostet gar 28,8 Prozent mehr. Penny-Sonnenblumenmargarine ist um 25,2 Prozent teurer.

Leere Supermarktregale: Durch den Ukrainekrieg zeichnen sich erste Engpässe ab.

51

Prozent der weltweiten Exporte von Sonnenblumenöl stammen aus der Ukraine, aus Russland kommen weitere 27 Prozent.

Quelle: Recherche

„Sonnenblumenöl könnte in Deutschland wegen des Ukrainekriegs schon bald Mangelware werden“, meint der Verband ölsaatenverarbeitender Industrie in Deutschland (Ovid), „die Vorräte reichen voraussichtlich noch für wenige Wochen.“ Anlass für Panikkäufe sieht der Verband nicht: Verbraucher könnten problemlos auf andere Speiseöle umsteigen.

Auch Mehl und Nudeln hamstern die Deutschen fast wie zu Anfang der Pandemie. Für Aurora Weizenmehl 405 zahlt man aktuell laut Smhaggle 20,2 Prozent mehr als vor einem Jahr. Am Montag hatte Moskau bis Ende Juni einen Exportstopp für Getreide verhängt. Aus Russland und der Ukraine kommen fast 30 Prozent aller Weizenexporte. Der Selbstversorgungsgrad mit Weizen liegt hierzulande jedoch bei über 100 Prozent. Bundesernährungsminister Cem Özdemir betonte, die Lebensmittelversorgung in Deutschland sei sicher, und warnte vor Panikmache.

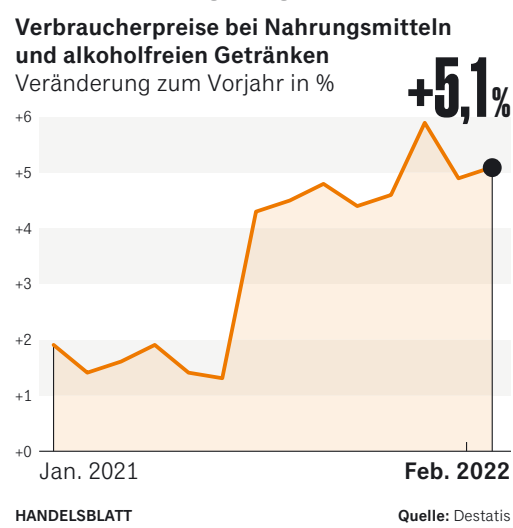
Bei kurzzeitigen Engpässen könnten Kunden auf eine Vielfalt von Produktalternativen zurückgreifen, betont Edeka. „Im Moment können wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Lieferanten noch eine ausreichende Versorgung mit allen Produkten des täglichen Bedarfs sicherstellen.“

Die deutsche Nahrungsmittelbranche schlägt indes Alarm: Ihre Kosten sind innerhalb weniger Wochen so extrem gestiegen, dass die Margen wegzubrechen drohen. Für Keksbäcker Lambertz aus Aachen etwa sind Weizenmehl, Sonnenblumenöl, aber auch Butter und Zucker deutlich teurer geworden. Demnächst stehen hierzu neue Kontrakte an.

Seine Backöfen befeuert Lambertz mit Erdgas. „Wer jetzt Erdgas vom Spotmarkt kaufen muss, bekommt erhebliche Schwierigkeiten. Wir sind zumindest bis Jahresende abgesichert“, sagt Hermann Bühlbecker, Alleinhaber von Lambertz. Er ist zudem froh, wenn er überhaupt noch Faltschachteln bekommt. „Wir haben eine Energiekrise, Rohstoffkrise, Verpackungs- und Logistikkrise, alles auf einmal. So etwas habe ich noch nie erlebt“, sagt der Unternehmer. Die erste Kostenwelle durch die Pandemie sei noch nicht verarbeitet, jetzt würden die Firmen von der zweiten Welle des Ukrainekriegs überrollt.

Eine Abkehr von „alten“ Verhandlungsritualen zwischen Handel und Herstellern fordert deshalb Roland Verdev, Geschäftsführer von The Family Butchers: „Jetzt pressiert es, sonst könnten viele Unternehmen einen Genickbruch erleiden.“

Starke Preissteigerung



„Kein Hersteller kann ohne Weitergabe der dramatisch steigenden Kosten überleben“, warnt Holger Rothfuchs, Geschäftsführer Deutschland von Snackerhersteller Lorenz. Verbraucher müssten sich auf höhere Preise für Lebensmittel einstellen. Branchenexperten halten teilweise zweistellige Erhöhungen für notwendig. Der Handel sieht sich von allen Seiten plötzlich mit hohen Preisforderungen konfrontiert.

Bühlbecker sieht die zeitliche Dynamik als das große Problem. „Wir Mittelständler haben keine Möglichkeit, die Mehrkosten sofort an den Handel weiterzugeben.“ Preisabsprachen gelten meist für ein halbes oder ganzes Jahr. Die Verhandlungen ziehen sich meist über Monate hin. In diesem Winter waren viele eskaliert: Händler wie Edeka listeten viele Markenprodukte etwa von Eckes-Granini, Pepsico oder Mondelez aus.

Eine Abkehr von „alten“ Verhandlungsritualen zwischen Handel und Herstellern fordert deshalb Roland Verdev, Geschäftsführer von The Family Butchers: „Jetzt pressiert es, sonst könnten viele Unternehmen einen Genickbruch erleiden.“

”

Wir haben eine Energiekrise, Rohstoffkrise, Verpackungs- und Logistikkrise, alles auf einmal. So etwas habe ich noch nie erlebt.

 Hermann Bühlbecker
 Lambertz


dpa, IMAGO/Rene Traut

Deutschlands zweitgrößter Wurst- und Schinkenproduzent bekommt Signale, dass der Handel die notwendigen Preiserhöhungen annimmt. „Einige Handelspartner sind bereit, über Monatspreise zu sprechen statt wie sonst üblich über Halbjahres- oder Jahrespreise“, so Verdev.

Bereits vergangene Woche hatte Deutschlands größter Fleischproduzent Tönnies seine Kontrakte mit dem Handel ausgesetzt und eine sofortige Anpassung der Preise verlangt. Tönnies beruft sich auf „höhere Gewalt“ und „massive Störungen sämtlicher Geschäftsgrundlagen“: Strom- und Gaslieferanten machen von ihrem Sonderkündigungsrecht aufgrund höherer Gewalt Gebrauch. Die Logistik berufe sich auf Force majeure, weil ukrainische Fahrer ausfallen.

Auch die Mitbewerber Westfleisch und Vion erheben seit Montag Krisenaufschläge von mehr als fünf Cent pro Kilo Fleisch. Hubert Kelliger, Vertriebsleiter von Westfleisch, beobachtet: „Der Handel ist verständnisvoll, macht Verträge auf.“ Kelliger erwartete am Montag „schnelle Ergebnisse mit dem Handel schon in diesen Tagen“.

Die großen Lebensmittelketten in Deutschland, die in hartem Wettbewerb stehen, scheuen für gewöhnlich Preiserhöhungen. Schon wenige Cent mehr treiben Kunden zur Konkurrenz. Discount und Eigenmarken könnten profitieren, spekuliert Georgi von Nielsen IQ. Der Handel gibt sich bedeckt: „Inwiefern steigende Kosten auf den Vorstufen konkret durch die Kette weitergegeben werden, können wir aktuell nicht seriös vorher sagen“, heißt es von Rewe.

Stefanie Sabet, Geschäftsführerin der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, warnt: „Die Belastungsgrenzen der Unternehmen sind erreicht. Es braucht dringend Entlastungen, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden.“ Unternehmer Bühlbecker fordert keine Subventionen, fragt sich aber: „Muss der Staat in einer Notsituation wie dieser durch Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer kräftig mitkassieren?“ Seine Forderung: Der Staat müsse die hohen Energiepreise abfedern, sonst bliebe mancher Hersteller auf der Strecke.

Düngerhersteller

Eurochem will Zusagen einhalten

Nach den Sanktionen gegen Besitzer Andrej Melnitschenko steht die Firma vor einer unklaren Zukunft. Doch will das Unternehmen zunächst weiter produzieren.

Bert Fröndhoff Düsseldorf

Es sollte ein besonderes Jahr für Eurochem werden. 2021 hatte der Schweizer Düngerhersteller im Besitz des russischen Oligarchen Andrej Melnitschenko die Marke von zehn Milliarden Dollar übersprungen. Der Börsengang war in Planung, zuvor sollte noch eine größere Übernahme in Österreich festgezurr werden.

Doch diese Projekte sind nun im Zuge des Ukrainekriegs gescheitert. Der viertgrößte Düngerhersteller der Welt steht vor einer ungewissen Zukunft. Melnitschenko hat wegen der Sanktionen des Westens gegen ihn das Unternehmen verlassen – seine weitere Rolle ist unklar.

Das operative Geschäft soll aber weiterlaufen, erklärt das Unternehmen in einem Schreiben an das Handelsblatt. „Als führender globaler Düngemittelhersteller sind wir zuversichtlich, dass wir die Zusagen an unsere Kunden einhalten können“, heißt es. Das Unternehmen sei flexibel und regional diversifiziert und könne sich „schnell an veränderte Umstände anpassen“.

Für den internationalen Düngemittelmarkt ist dies eine grundsätzlich gu-

te Nachricht. Eurochem ist einer der größten Hersteller von Pflanzennährstoffen auf Basis von Stickstoff und Kali. Ein Ausfall hätte den Engpass bei der Düngerversorgung erheblich verstärkt.

Anbieter wie etwa Yara aus Norwegen und Borealis aus Österreich haben ihre Produktion von Stickstoffdüngern zuletzt gedrosselt. Grund sind die hohen Erdgaspreise. Gas macht bei der Herstellung gut 80 Prozent der Kosten aus, denn es ist Rohstoff und Energie-lieferant zugleich.

Im vergangenen Jahr haben Düngerhersteller die Preise hochschrauben können und damit sehr gut verdient. Doch viele Anlagen sind bei dem momentanen Energie- und Rohstoffpreinsniveau kaum noch wirtschaftlich zu betreiben. Die Folgen müssen die Landwirte und Verbraucher tragen. Es drohen schlechte Ernten, weil nicht genug Dünger eingekauft werden kann und die verfügbaren Mengen extrem teuer sind. Die Nahrungsmittelpreise dürften steigen.

Eine Drosselung plant Eurochem derzeit nicht und verspricht, seine Pflanzennährstoffe an die Kunden rechtzeitig auszuliefern. Die Firma liefert an Bauern und Händler in Europa,

USA, Russland, Lateinamerika und Asien. Produziert wird in Belgien, China, Russland und Litauen.

Eurochem hat zwar seinen Sitz in der Schweiz, ist aber russischen Ursprungs und gehörte mehrheitlich Melnitschenko. Dieser steht seit vergangene Donnerstag auf der Sanktionsliste der EU, die auch von der Schweiz umgesetzt wird. Der Oligarch hat sich am vergangenen Mittwoch als Mehrheits-eigner und Verwaltungsrat von Eurochem zurückgezogen. Was genau aus seinem Anteil wird, bleibt unklar. Die Firma bestätigt nur, dass er „nicht mehr Begünstigter“ einer 90-prozentigen Beteiligung an Eurochem sei.

Melnitschenko wohnt in St. Moritz und hat Eurochem schon vor 2015 in Zug angesiedelt. In der Branche heißt es, er habe schon im damals entstehenden Ukraine-Konflikt Sanktionen befürchtet und einen sicheren Hafen für die Firma gesucht. Aktuell ist Eurochem von Sanktionen nicht betroffen – anders als sein Gründer. Aufsehenerregend wurde am Wochenende sein Schiff in Italien konfisziert. Es handelt sich um die größte Segeljacht der Welt mit eingebautem U-Boot im Wert von rund einer halben Milliarde Euro.

Für Aufsehen sorgt aber auch Melnitschenko selbst. Ihm wird wie vielen anderen Oligarchen die Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin nachgesagt. Am Dienstag wandte er sich aber per Mail an die Öffentlichkeit und warnte vor den Folgen des Krieges in der Ukraine. Er empfinde „großen Schmerz und Unglauben, wenn ich sehe, wie brüderliche Völker kämpfen und sterben“, schrieb Melnitschenko, dessen Mutter Ukrainerin ist. Er warnte vor der drohenden weltweiten Nahrungsmittelkrise. „Die Ereignisse in der Ukraine sind wirklich tragisch. Wir brauchen dringend Frieden.“

Börsenpläne und Zukauf sind gestoppt

Ob er damit der erste Oligarch ist, der Putin „in den Rücken fällt“, wie die „Bild“-Zeitung schrieb, ist offen. In der Mail vermeidet Melnitschenko das Wort „Krieg“ und die Festlegung, wer der Aggressor ist. Neben Eurochem besitzt er mehrheitlich den Suck-Konzern, den größten Kohleförderer Russlands und einer der größten Wärme- und Stromerzeuger des Landes.

Klar ist: Mit dem Expansionsplan für Eurochem ist der Russe vorerst gescheitert. Im Dezember hieß es in Finanzkreisen, er bereite den Börsengang vor und habe dafür bereits die Investmentbanken Goldman Sachs, JP Morgan und UBS mandatiert. Der Zeitpunkt schien ideal: 2021 gelang Eurochem ein Umsatzsprung um 66 Prozent auf 10,2 Milliarden Dollar bei einer Gewinnmarge von 38 Prozent. Verstärkt wollte sich die Gruppe vorher mit dem Kauf der Düngersparte von Borealis im Volumen von 455 Millionen Euro. In Österreich und bei der EU stieß der Deal längst auf Kritik; Borealis stoppte die Verkaufsgespräche jedoch erst vergangene Woche.



Bloomberg/Getty Images

Andrej Melnitschenko: Der Eurochem-Eigentümer hatte einen Börsengang geplant.

Top 10 der globalen Düngerhersteller

Nach Umsatz 2021		Umsatz in Mrd. US-Dollar	Änderung in Prozent
Unternehmen	Land		
Nutrien	Kanada	27,7	+33 %
Yara	Norwegen	16,6	+42 %
Mosaic	USA	12,4	+42 %
Eurochem	Schweiz	10,2	+66 %
OCP	Marokko	9,0	+50 %
ICL	Israel	7,0	+38 %
CF Industries	USA	6,5	+61 %
Phos Agro	Russland	5,7	+65 %
OCI*	Niederlande	5,0	+70 %
K+S	Deutschland	3,6	+32 %

Quelle: *nur Nitrogen-Umsatz • Quellen: Unternehmen, eigene Berechnungen